



Landratsamt München · Frankenthaler Str. 2 · 81539 München  
4.3.2-514 VIG2022/1147

**Verbraucherschutz**

Ihr Zeichen:  
Ihr Schreiben vom:  
Unser Zeichen:

München,

12.01.2023

E-Mail:  
lebensmittelrecht@lra-m.bayern.de

**Verbraucherinformationsgesetz (VIG)**

**Bekanntgabe der Entscheidung über die Informationsgewährung nach § 5 Abs. 2 S. 3 VIG**

**BESCHEID**

Sehr geehrte(r) [REDACTED]

nach Prüfung Ihres Antrags vom 26.12.2022 auf Informationserteilung nach VIG haben wir uns für die Übermittlung der angeforderten Informationen entschieden.

Diese Entscheidung wurde dem betroffenen Lebensmittelunternehmer bekanntgegeben.

Wir werden Ihnen die Informationen nach Ablauf von 10 Werktagen in Form von Kopien der Kontrollberichte postalisch übersenden, wenn der Dritte nicht innerhalb von 10 Werktagen gerichtlich gegen diese Entscheidung vorgeht.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
- Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig. -

## Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe** Klage erhoben werden bei dem

### **Bayerischen Verwaltungsgericht München**

**Postanschrift:**  
**Postfach 20 05 43, 80005 München**  
**Hausanschrift:**  
**Bayerstraße 30, 80335 München**

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

1. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- 2.
3. Der in § 55d VwGO genannte Personenkreis muss Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.
4. Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.
5. Auf die Möglichkeit der Einlegung eines Rechtsbehelfes durch den betroffenen Lebensmittelunternehmer, insbesondere auf § 80 a VwGO, wird hingewiesen.